



Niederschrift

32. Sitzung Hauptausschuss
3. Juli 2018, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2.1 der Tagesordnung: Entwicklung der Straftaten in Karlsruhe 2012 – 2017 Vorlage: 2018/0378

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Entwicklung der Straftaten in Karlsruhe 2012 – 2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 2.1 zur Behandlung auf und verweist auf die Tischvorlage „Statistik aktuell“ zum Thema „Kriminalität 2017“ mit ausführlichen Ausarbeitungen.

Unter den acht Großstädten in Baden-Württemberg positioniere sich Karlsruhe 2017 mit rund 8.900 Straftaten je 100.000 Einwohner zusammen mit Stuttgart im Mittelfeld, während Freiburg mit rund 12.200 und Mannheim mit rund 11.500 spürbar höhere Straftatenquoten aufweisen. Positiv sei außerdem der Rückgang der erfassten Straftaten einschließlich derjenigen gegen das Aufenthalts- und Asylgesetz in Karlsruhe von -2,9 % gegenüber 2012. Mannheim und Heidelberg haben dagegen einen Anstieg zu verzeichnen.

Die Anzahl der erfassten Straftaten stimme jedoch nicht notwendigerweise mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden der betroffenen Bevölkerung überein. In der Südstadt seien 2017 zum Beispiel fast siebenmal so viele Straftaten registriert worden wie in Weiherfeld-Dammerstock. Dennoch fühlen sich nur 17 % der Befragten in der Südstadt bei Dunkelheit unsicher. Dagegen seien es in Weiherfeld-Dammerstock rund 30 % der Befragten.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (Amt für Stadtentwicklung) stellt die neueste Entwicklung der Straftaten seit 2012 und eine erste Auswertung der Bilanz von 2017 auf Stadtteilebene anhand einer Präsentation dar.

Sie empfehle, die gründerzeitlich verdichtete Südstadt sowie das von Einfamilienhäusern geprägte Weiherfeld-Dammerstock beispielhaft für andere Stadtteile in den Prozess der Sicherheitsaudits einzubeziehen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) hält den Stadtteil Weiherfeld-Dammerstock für kein gutes Beispiel. Er glaube, der Mord an einer Frau vor einigen Jahren sei für die Entwicklung der Zahl ausschlaggebend. Es gehe nicht nur um die Anzahl der Fälle, sondern auch darum, welche Fälle passieren. Wenn ein Mord passiere, beeindrucke dies die Bevölkerung ganz besonders.

Zudem halte er es für wichtig, auch die gesamtwirtschaftliche Lage in die Betrachtung einzubeziehen. Beispielsweise habe man heute eine höhere Vollbeschäftigung als 2012. Seines Erachtens bedeute diese Tatsache, dass mehr Menschen in Lohn und Brot stehen und daher weniger Motivation vorhanden sei, um Diebstähle zu begehen. Vergleiche man die Statistik, liege der Unterschied bei rund drei Prozent. Umgerechnet seien dies rund 800 bis 900 Fälle und werde schon alleine durch die Fälle bei den Diebstählen ohne erschwerende Umstände wettgemacht. Alleine damit werde der Unterschied zu 2012 erklärt.

Stadtrat Schmitt (pl) äußert sich zu den beiden letzten Folien der Präsentation. Die letzte Erhebung zum Sicherheitsempfinden basiere auf den Daten von 2009 und 2014. Er greift eine Aussage von Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig auf, die laute, dass in der Südstadt im Jahr 2017 siebenmal so viele Straftaten begangen worden seien wie in Weiherfeld-Dammerstock, sich dagegen laut der Sicherheitsumfrage im Jahr 2014 jedoch viel mehr Leute in Weiherfeld-Dammerstock unsicher gefühlt haben. Seiner Meinung nach können jedoch nicht objektive Zahlen aus dem Jahr 2017 mit subjektiven Zahlen aus 2009 und 2014 verglichen werden. Dies halte er für unzulässig. Man wisse nämlich überhaupt nicht, wie sich in der Südstadt oder in Weiherfeld-Dammerstock das subjektive Sicherheitsempfinden zwischen 2014 und 2017 verändert habe. Ihm sei natürlich klar, die Verwaltung wolle mit dem Vergleich nachweisen, dass mit objektiven Zahlen das Sicherheitsgefühl verbessert werden könne. Er stelle nun jedoch ein Gegenbeispiel dar. Im Jahr 2015 habe es zum ersten Mal den Straftatenatlas gegeben. Damals habe er sich als Nordstadteinwohner darüber gefreut, dass er im Stadtteil mit der geringsten Kriminalität wohne. Im Jahr 2015 habe es 67 Kriminalitätsfälle gegeben. Im Sicherheitsbericht 2016 sei dann ebenfalls der Straftatenatlas abgebildet und hier sei jedoch eine Zahl von 611 Fällen angegeben worden. Das bedeute, innerhalb eines Jahres hätte es eine Verzehnfachung der Kriminalität in der Nordweststadt geben müssen. Bis heute sei dies niemand aufgefallen. Daher ziehe er daraus den Schluss, dass man mit objektiven Zahlen nichts bewirke. Da im Jahr 2017 497 Straftaten begangen wurden, schließe er daraus, dass vermutlich die Zahl von 2015 falsch gewesen sei.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (Amt für Stadtentwicklung) gibt an, die wirtschaftliche Entwicklung könne im Sicherheitsbericht nicht berücksichtigt und nur im Nachhinein hinein interpretiert werden. Sie stimme jedoch zu, dass sicherlich Auswirkungen vorhanden seien.

Die Umfragen zur aktuellen Sicherheitsumfrage laufen gerade, momentan liegen aber noch keine neuen Daten vor. Die letzten Umfragen seien 2009 und 2014 gewesen.

Die Zahl der Straftaten in der Nordweststadt aus dem Jahr 2015 müsse sie nochmals überprüfen, könne jedoch ad hoc keine Aussage machen.

Der Vorsitzende stellt klar, man diskutiere den Punkt im Hauptausschuss und Gemeinderat nicht, weil die Verwaltung denke, dass sich dadurch das subjektive Sicherheitsempfinden er-

höhe. Als Verwaltung und Politik müsse man sich allerdings mit der objektiven Sicherheitslage auseinandersetzen, um bei einer Verschlechterung Gegenmaßnahmen erarbeiten und diskutieren zu können.

Er glaube nicht, dass es eine Korrelation zwischen Kriminalität und kurzfristigen Armuts- oder Reichtumsschwankungen gebe. Würde Karlsruhe als eine der reichsten Regionen in Europa gelten, würde man vielleicht eher wieder im Fokus bestimmter Kriminalitätsdelikte stehen und die Fallzahlen würden steigen. Er vertrete jedoch nicht die These, dass wenn Leute ärmer werden, diese eher anfangen zu klauen. Wenn man sich die Täterprofile anschau, werde nicht der ehrbare Bürger zum Dieb, nur weil er zeitweise ein bisschen weniger verdiene. Dahinter stehen andere Mechanismen. Insofern glaube er, dass eine solche Korrelation zwischen Kriminalität und aktueller Wohlsituation nicht bestehe, zumindest was kurzfristige Veränderungen angehe.

Er erinnere sich beispielsweise auch an eine Vielzahl von autobahnnahen Einbrüchen durch eine Kriminalitätsorganisation, die aber nicht direkt mit Karlsruhe in Verbindung gestanden haben.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE) wirft die Frage auf, ob der Fünf-Jahres-Vergleich überhaupt sinnvoll oder Methoden wie in anderen Städten nicht besser geeignet seien. Beim letzten Mal habe man ein niedriges Jahr mit einem steigenden Jahr verglichen. Mit 2012 habe man den Vergleich zu einem normalen Jahr hergestellt. Letzen Endes seien es immer punktuelle Vergleiche von zwei Jahren und der Zeitraum dazwischen bleibe unberücksichtigt. Statistisch gesehen, dürfe man daraus keine Schlüsse ziehen, weil die Zwischenzeiträume überhaupt keine Beachtung finden. Sie könne heute schon prognostizieren, dass in manchen Jahren die Zahlen höher und in anderen niedriger sein werden (beispielsweise durch die Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht). Sie halte diese punktuellen Vergleiche daher für schwierig. Sie frage sich, ob vielleicht ein Durchschnittswert der letzten 10 Jahre basierend auf der jeweiligen Einwohnerzahl und ein direkter Vergleich zum Vorjahr sinnvoller seien. Es erscheine ihr als die plausiblere Vorgehensweise. Der 5-Jahres Zeitraum sei sehr willkürlich gewählt.

Der Vorsitzende nimmt die Anregungen gerne auf. Er glaube, egal welchen Weg man wähle, es gebe immer kritische und einschränkende Feststellungen. Die Ausführungen heute sollen jedoch zeigen, dass es keine objektive Verschlechterung der Kriminalitätssituation in Karlsruhe gebe. Das sei eine wichtige Aussage.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
2. August 2018